Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12870**

18. Wahlperiode 22.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dieter Janecek, Kerstin Andreae, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/11411 –

Share Economy – Ökologische Chancen nutzen und Teilen statt Besitzen unterstützen

A. Problem

Vorlage einer Strategie "Solidarische Wirtschaft" zu gleichwertigen Rahmen- und Förderbedingungen für Collaborative Economy und gemeinwohlorientierte Modelle der gemeinschaftlichen Nutzung von Gütern und Dienstleistungen, politische Stärkung gemeinwohlorientierten Teilens (Forschung und Innovation, digitale Modelle, fairer Wettbewerb, Gründungsförderung, öffentliche Beschaffung), Bürokratieabbau, elektronische Geschäftsabwicklung, Überarbeitung bestehender Vorschriften, insbes. zur Personenbeförderung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/11411 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des Abgeordneten Dr. Hans-Joachim Schabedoth

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/11411** wurde in der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. März 2017 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ermöglicht die sogenannte Share Economy ressourcenschonende Lebensentwürfe, nachhaltige Mobilität und lässt neue Einstellungen zu Konsumgütern entstehen. Sie stärke die Rolle der Zivilgesellschaft in der Ökonomie und könne einen wichtigen Beitrag zur ökologisch-sozialen Modernisierung der Wirtschaft und zu Ressourceneffizienz leisten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Strategie für eine "solidarische Wirtschaft" vorzulegen. Diese Strategie soll der "Collaborative Economy" und gemeinwohlorientierten Modellen der gemeinschaftlichen Nutzung von Gütern und Dienstleistungen gleichwertige Rahmen- und Förderungsbedingungen bieten, wie sie auch der herkömmlichen Privatwirtschaft zugutekommen würden. Zur Share Economy soll außerdem weitere Forschung stattfinden. Die Märkte müssten innovationsfreundlich gestaltet und die Rahmenbedingungen für nicht profitorientierte Gründungen sowie Social Entrepreneurship verbessert werden. Im Rahmen der öffentlichen Beschaffung müssten mehr Angebot der Share Economy genutzt werden. Bürokratische Vorgaben für diese Unternehmen, insbesondere für Genossenschaften, müssten abgebaut werden. Vorschriften, die Modelle einer gemeinsamen Nutzung von Gütern und Dienstleistungen im Rahmen eines fairen Wettbewerbs unzulässig einschränkten, sollten überprüft und überarbeitet werden. Allerdings dürften Nutzer von Modellen der Share Economy keinen unnötigen Risiken ausgesetzt werden und der Erfolg der Anbieter auf Plattformen dürfe nicht darin bestehen, Gesetze oder Steuerpflichten zu umgehen, Scheinselbstständigkeiten zu begründen sowie tarifliche Standards und Arbeitsbedingungen zu unterlaufen. Share Economy sei in ihrer Grundidee die Abkehr von blinder Wachstumsfokussierung und sollte deshalb auch so verstanden werden. Ziel sei es, möglichst unkompliziert ökologisch und sozial sinnvolle, gemeinnützige Modelle des Tauschens und Teilens zu ermöglichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/11411 in seiner 155. Sitzung am 21. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/11411 in seiner 125. Sitzung am 21. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 18/11411 in seiner 114. Sitzung am 21. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/11411 in seiner 122. Sitzung am 21. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/11411 in seiner 99. Sitzung am 21. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 18/11411 in seiner 90. Sitzung am 21. Juni 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/11411 in seiner 116. Sitzung am 21. Juni 2017 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/11411 zu empfehlen.

Berlin, den 21. Juni 2017

Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.